

Resümee eines Gesprächs mit angehenden Journalisten und Journalistinnen der Uni Mainz (unveröffentlichtes und unkorrigiertes Manuskript)

Die Gruppe, für die ich diesen Text verfasst hatte, machte davon in einer derart verkürzten Weise Gebrauch, so dass ich die Verwendung untersagt habe. Wer diesen Text benutzen will, den bitte ich, vorher mit mir Rücksprache per Mail zu halten.

1. Frage Ist fehlende Repräsentation im Bundestag ein Problem in Ihren Augen?

Das ist ein sehr großes Problem. Im Bauplan unserer Demokratie hat kein anderes Organ/Gremium eine größere Bedeutung wie der Bundestag, unser Parlament. Es wird unmittelbar von den Bürgern und Bürgerinnen gewählt, mit der Erwartung, dass dort Politik in ihrem Sinne gemacht wird und deshalb dort auch die Politiker und Politikerinnen vertreten sind, die in der Gesetzgebung die vielen verschiedenen Interessen und die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen zur Geltung bringen. Wenn die Bürger und Bürgerinnen (Staatsvolk) sich nicht mehr vertreten sehen, wenden sie sich von dem Parlament ab. Sie fühlen sich an die von ihm ausgehende Gesetzgebung nicht mehr gebunden und versuchen Gehör, Stimmen, Einfluss und Macht jenseits der durch unsere Verfassung vor- und beschriebenen demokratischen Spielregeln zu erlangen. **Fehlende Repräsentation führt zum Vertrauensentzug in das politische Personal und in die Institutionen und gefährdet die Demokratie.**

2. Frage: Welche Hinweise gibt es, dass wir ein Problem mit der Repräsentation der Bürger und Bürgerinnen im Bundestag haben?

2.1 Der hohe Anteil an Nicht-Wähler/innen: Wenn wir die Wahlergebnisse **kritisch betrachten**, d.h. die endgültigen Prozentzahlen der Wählerstimmen für die Parteien von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten berechnen, dann haben sich bei der BT-Wahl 2013 ca. **28, 5 Prozent der Wahlberechtigten (!)** gar nicht an der Wahl beteiligt und ca. 11 Prozent haben Parteien gewählt, die nicht in den BT gelangten.

Die damalige Groko wurde dann nur von ca. 48 Prozent gewählt, der BT repräsentierte im Grunde nur 60 Prozent der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen. Das ist in der Geschichte der Wahlen in der Bundesrepublik ein **Tiefstand**.

Bei der BT-Wahl 2017 (wenn wieder die Gesamtheit aller Wahlberechtigten als 100 Prozent genommen wird) hatte sich zwar die **Nicht-Wähler-„Partei“ auf 23, 8 Prozent (!) verringert** plus ca. 2, 7 Prozent, die eine Partei unter der 5 Prozent-Hürde gewählt hatten und deren Stimmen auch nicht repräsentiert werden. Ein großer Teil der Nicht-Wähler hatte nun die AFD als Protestwähler gewählt. Viele der sich nicht-repräsentiert fühlenden Wähler gaben einer Partei ihre Stimme, die rechts von der Mitte der Demokratie steht.

Je geringer die Wahlbeteiligung gemessen an allen Wahlberechtigten ist, je weniger repräsentiert ist die Bevölkerung.

2.2. Der hohe Akademikeranteil: Die große Mehrheit von Akademikern im Parlament mit 81,9 Prozent, obwohl ihr Anteil unter 20 Prozent in der Gesamtbevölkerung liegt, deutet darauf hin, dass ein akademischer (erreichter oder inszenierter) Abschluss in den Parteien ein **informell-ständisches Kriterium der Selektion von Kandidaten für ein Spitzenamt** darstellt. Betrachten wir die **Statuskategorie Bildung** so ist eindeutig festzuhalten, dass eine **Minderheit** (Anteil an der Bevölkerung) offensichtlich privilegierte Listenplätze einnimmt und dadurch Abgeordnetenpositionen erlangt, während eine **Mehrheit** der Bevölkerung sehr wenig unmittelbaren Einfluss auf das Regierungsgeschäft nehmen kann. **Die Mehrheit der Gesellschaft ist unterrepräsentiert.** Dieser Sachverhalt ist für eine repräsentative Demokratie nicht zu verharmlosen, denn Demokratie bedeutet, dass die Mehrheit des Volkes durch Losen/Wählen an der Ausübung der politischen Macht beteiligt ist.

In der Pandemie haben wir gesehen, dass nicht-akademische Berufe für unsere Gesellschaft „systemrelevant“ sind: Krankenschwestern, Pflegekräfte, Erzieher/innen, Lastwagenfahrerinnen, Transportarbeiter/innen, Sicherheitskräfte, Polizistinnen, Stadtreinigungen. Dass ihre Stimmen seit Jahren im BT fehlen, wurde auch während des Lockdowns deutlich. Sie wissen, wo in den basalen Infrastrukturen einer Gesellschaft gravierende Lücken bestehen. Außerdem sind gerade die unteren Schichten besonders von der (alten)

neuen **sozialen Frage der teuren Wohnpreise** betroffen, ein Thema, was zwar in den Bereich der Kommunen gehört, aber unter der Anforderung der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ auch in den BT (GG Art. 72).

Die Unterrepräsentation der Mehrheit der Bevölkerung wirkt sich auch auf die im Bundestag vorhandenen Ausschüsse und damit auf die Partizipation an der Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzen, Kontrollen von Behörden, Auswertung von Studien und Zugang zu Informationen aus. Der BT ist ein/das politische Machtzentrum.

Auf dieses Machtzentrum richten sich auch die Parteien aus. Es fehlen dann auch in den Parteien für die Programm- und Politikbildung Mitglieder in verantwortlichen Positionen, die die Interessen von Menschen in schwierigeren sozialen Lebenslagen einbringen. **Durch die Selbstrekrutierung der „akademischen Eliten“ (Schließungsprozesse, die zu Ausschluss führen) kommt die Rekrutierung des Personals aus der nicht-akademischen Basis der Gesellschaft zum Erliegen.** Skandalös ist also, dass für die **nicht-akademischen Schichten das Erringen von repräsentativen Ämtern schwierig geworden ist und die Parteien als Organisationen des sozialen Aufstiegs für die weniger etablierten Bevölkerungsgruppen ausfallen.** Die beiden (ehemaligen) Volksparteien verlieren zunehmend ihre Verankerung in der gesellschaftlichen Basis und mit ihrer Politik repräsentieren sie auch nicht mehr deren Interessen. Die SPD hat auf diese Weise ihren **Markenkern** verloren. Es sieht nicht danach aus, dass sie ihn wiederfindet.

2.3 Die Unterrepräsentation von Frauen: Frauen sind keine Minderheit, sondern eine Mehrheit in der Bevölkerung. Sie liegen bei höheren Bildungsabschlüssen vor jungen Männern (außer im MINT-Bereich) und bei niedrigeren Abschlüssen oder gar keinem Abschluss liegen sie hinter jungen Männern. Als Mütter und in Berufen wie Lehrerinnen, Krankenschwestern, Pflegerinnen – **die zentralen Berufe im Bildungsstaat und Sozialstaat werden von Frauen ausgeübt** –, aber auch in ihren Tätigkeiten in vielen anderen Berufen und Branchen sind Frauen äußerst wichtig für unsere Gesellschaft, so dass ihre Unterrepräsentation als skandalös zu betrachten ist.

2.4. Unterrepräsentation von Migranten? Deutsche Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund im BT zu haben, ist selbstverständlich wünschenswert. Sie haben das Potential, den Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine Stimme zu verleihen. Ihre größere Sichtbarkeit hätte für die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen eine sehr positive Bedeutung. (Es ist ein sehr trauriges Bild, dass hierzulande lebende Mitbürger mit türkischer Herkunft in hohem Maße Anhänger von Erdogan sind.) Abgeordnete des Bundestags mit Migrationshintergrund müssen sich über die **grundgesetzliche Verpflichtung, Vertreter des ganzen Volkes zu sein**, klar werden und nicht nur bereit sein, ihre spezifische Migrationsgeschichte zu bearbeiten.

2.5 Unterrepräsentation von Mitgliedern in religiösen Gemeinschaften? Religion, der Glaube haben hierzulande wenig unmittelbar mit einem politischen Programm zu tun, auch wenn die CDU/CSU „christlich“ im Namen tragen. Seit der Weimarer Verfassung gibt es **keine Staatskirche** mehr. Wer gewählt wird, wird aus politischen Gründen gewählt und wenn er dazu muslimisch ist, bereichert er die Vielfalt. Aber allein stellt „muslimisch sein“ kein politisches Programm dar, was mit den Aufgaben von Abgeordneten nach dem GG übereinstimmt. Vielfalt ist gut, die Interessen von Kirchen, Freikirchen, Sekten, Religionsgemeinschaften sind im Wesentlichen geregelt durch vielfältige Chancen im **zivilgesellschaftlichen Bereich**.

2.6 Unterrepräsentation von Behinderten? Das Vorbild Wolfgang Schäuble hat den Behinderten und ihren Verbänden großen Auftrieb gegeben, sich politisch zu engagieren. Aus meiner Kenntnis der Hörgeschädigten-Szene weiß ich, dass es sehr engagierte Verbände (die sich gelegentlich in ihren Zielen unterscheiden, manchmal sogar Gegensätzliches anstreben) gibt. Sie vertreten ihre Mitglieder in vielen Lebensfragen (Schule, Arbeitswelt, Behörden, Beratung), was sehr viel Zeit kostet. Schäuble hatte bereits eine politische Karriere und die eigene Infrastruktur, als er Opfer des Attentats wurde. Eine solche Infrastruktur hinzukriegen, um sich auf Politik zu konzentrieren, ist für Behinderte schwer, aber möglich. Mit anderen Worten: Betroffene haben oftmals schon viel zu tun, um ihr Leben zu bewältigen, wenn sie sich engagieren,

dann zumeist in ihren Vereinen, Selbsthilfegruppen und Verbänden. Für viele ist es sehr schwer, Wahlkampf zu machen. Wahlkampf ist oftmals sehr hart und möglicherweise schwer zu verkraften für schon belastete und leidende Menschen. Da sie Experten für bestimmte Facetten unseres Gesundheitssystems sind, ist es für den politischen Diskurs ein großer Gewinn, Abgeordnete mit Behinderung im Parlament zu haben. Die Gewährleistung einer behindertengerechten Ausstattung müsste selbstverständlich bereitzustellen sein.

3. Was kann getan werden, damit die Repräsentation der verschiedenen Bürger und Bürgerinnen zunimmt? Freie geheime Wahlen und Quotenregelung sind unvereinbar.

3.1. Die Abgeordneten im Bundestag, dem zentralen Gremium unserer Demokratie, sind nach GG Art. 38 (1) "**Vertreter des ganzen Volkes**" und **nicht an "Aufträge und Weisungen nicht gebunden..."** Es geht also nicht darum, Abgeordnete daran zu messen, ob sie sich einem bestimmten durch Bildung, Beruf, Einkommen, Ansehen geprägten sozialen Status, Geschlecht, Religion, Alter, sexueller Präferenz, ethnischer oder kultureller Prägung zuordnen und auf dieser Grundlage Politik machen. Das können sie ja, aber der Bundestag hat doch umfangreichere Aufgaben als dafür eine Plattform zu sein. **Der Bundestag ist kein Ständeparlament.** Der Bundestag würde sich spalten, statt zusammenführen und würde weiterhin an Legitimität verlieren. Die Dynamik wäre verheerend, immer weitere Gruppen würden fordern, dass „ihre“ Abgeordneten, nach Quoten und nicht nach **Wählerwillen** im Parlament vertreten sein müssten und „ihre“ Politik möglichst kompromisslos umsetzen. Quoten machen Wahlen überflüssig.

Der Bundestag würde missbraucht für die Interessen einzelner Funktionäre, die Gruppeninteressen vertreten. Die Gesellschaft hat soviel verschiedene Gruppen, die dann alle ihre Repräsentation fordern, (jede größere Gruppe zerfällt ja bei näherem Hinsehen in viele weitere, z.B. türkische Mitbürger unterscheiden sich zwischen Städter (aus Istanbul), Kurden, Anatolier etc., die sich wahrscheinlich verwahren würden, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten). Außerdem ist unsere Gesellschaft sehr dynamisch, bringt immer wieder neue Gruppierungen hervor, die sich auch wieder neu ordnen, das ist der Bereich die Zivilgesellschaft. Deutschland ist eines der europäischen Länder mit

einem sehr großen zivilgesellschaftlichen Sektor. Die Grünen bestanden zunächst auch aus Bürgerinitiativen. Das sind Felder, um Erfahrungen zu machen und um sich zu bewähren, ob man bereit ist, sich dauerhaft zu engagieren, Leute zu überzeugen kann und ob man neue Ideen hat. Daraus kann dann ein Sprungbrett in die Politik werden.

Im Bundestag geht es um die res publica, das Allgemeinwohl (dazu gehört eben auch Innen- und Außenpolitik). Je mehr verschiedene Menschen sich dafür politisch engagieren, je besser. Auf dem Weg dorthin geht es darum, zu zeigen, dass man bereit ist, **sich für unser Land einzusetzen und nicht nur Karriereinteressen zu verfolgen**, und dass man in der Lage ist, „**Mehrheiten zu beschaffen**“, also: verschiedene Menschen zu überzeugen und nicht nur die eigene Klientel.

3. 2 Unser Bauplan, die Verfassung, weist den **Parteien** eine zentrale Funktion zu, geeignetes Personal für den BT zu rekrutieren. Der GG Art. 21 formuliert die Aufgabe der politischen Willensbildung. Der Steuerzahler bezahlt sie dazu, diese Aufgaben wahrzunehmen. Demokratie funktioniert nicht ohne Einsicht. Allgemein gelten sie als das zentrale Sprungbrett in höhere politische Ämter. **Viele Politiker/innen der Grünen haben das vorgemacht: Viele von ihnen hatten in ihrer Jugend sehr „romantische“ Ideen und sind dennoch Realpolitiker geworden.**

Selbst die CDU/CSU führt jetzt Quoten ein. Gut so. Es ist die Aufgabe der Parteien, engsten Kontakt zu allen Gruppen in der Bevölkerung zu halten und sie zu gewinnen, als **Mitglieder und als Wähler**. Die **Repräsentations-Partizipations-Lücke ist auf das Versagen der Parteien** zurückzuführen. Dafür haben sie diese Mittler-Funktion, die auszuüben mit Steuermittel unterstützt wird.

Die Politik profitiert hierzulande (noch) von der Einheit der **3 PS: Partei, Personen, Programm**. (In dieser Hinsicht ist die deutsche Parteienlandschaft super! Denken Sie daran, dass in den USA Parteien Sammlungsbewegungen sind, die sich nur versammeln, wenn Wahlkampf und Ämterbesetzung bevorstehen. Vom Bildungsauftrag und von Programmen keine Spur. Italien und Frankreich haben ihr Parteiensystem einmal weitgehend zerlegt, der Stabilität und Leistungsfähigkeit ihres

politischen Systems und daraus abgeleitet auch der Gesellschaft (Ökonomie, Wohlfahrtsstaat, Kultur) dient das nicht!!!!!!)

3.2.1 Die Volksparteien haben in der Geschichte der Wahlen hierzulande eine große Funktion gehabt: **CDU/CSU** (die CSU ist von ihrer differenzierten sozioökonomischen Mitgliederzusammensetzung noch am ehesten eine Volkspartei zu nennen) haben Mitglieder aufgenommen und Wähler gesammelt, so dass jenseits von ihr „keine rechte Partei“ (Strauß) gedeihen konnte. Und die **SPD** (einst: jenseits von ihr keine linke ernstzunehmende Alternative) hat in der alten Bundesrepublik die Aufgabe erfüllt, die unteren Schichten zu bilden (**Ortsvereinsystem**) und zu organisieren, statt sie dem Klassenkampf zu überlassen, wurden sie mit den demokratischen Spielregeln vertraut gemacht. Politikern wie Gabriel war das aber nicht „sexy“ genug.

Max Weber im Kaiserreich: **SPD** – die modernste Partei, weil sie sich programmatisch ausgerichtet hat und für die Arbeiterschichten auch zu einer Organisation des sozialen Aufstiegs geworden sind. Wie einst auch die Gewerkschaften. SPD und Gewerkschaften erfüllen diese Funktion in einem nur noch geringen Ausmaß. Sie sollten sich darauf wieder besinnen. Zu den heutigen unteren Schichten gehören: Dienstleistungsbeschäftigte an der Basis, viele Migranten. Sie müssen wieder ran an die Leute: Ich habe immer noch das Bild vor Augen, wie der damalige Arbeitsminister **Olaf Scholz** bei uns in der Fußgänger-Zone steht, mit keinem Menschen ins Gespräch kommt, während paar Meter weiter eine billige Bob Dylan-Kopie riesige Trauben um sich bildet!!!

3.2.2: Die **Grünen** beerben die SPD, aber sie sollten sich auch das Thema soziale Ungleichheit annehmen, um Umweltpolitik nicht zulasten der unteren Einkommen zu betreiben, was ja auch für den hohen migrantischen Anteil an der Bevölkerung zu Problemen führt. Propagierung von genossenschaftlichen Wohnmodellen würde helfen!

3.2.3 **Linke und AFD** profitieren davon, dass für die ostdeutsche Bevölkerung die schwierige eigene Bewältigung ihrer Vergangenheit noch anhält und die Dynamik einer modernen Gesellschaft ebenfalls große Anforderungen stellt. **Mehr Basisarbeit der demokratischen Parteien**

vor Ort, Infrastrukturen ausbauen, Modelle der Selbstorganisation fördern.

3.2.4 Wenn die Parteien, selbstverständlich können auch neue gegründet werden, dann komme ich wieder mit dem Vorschlag, das Losverfahren einzuführen, das alte demokratische Verfahren. (siehe den Vorschlag bei der bpb)

3.3. Über Familien, Wahltag in der Familie zu zelebrieren, und Schulen, die Mitbestimmungsmodelle von Klassensprecherinnen bis zu Landeschulsprecherinnen aktiv, phantasievoll zu gestalten und dabei nicht allzu platt verfahren, sondern bei politischen Zielen immer auch die Frage beantworten, wie gewinnen wir dafür Mehrheiten, **ohne sie (sophistisch) zu überreden, sondern sie sokratisch zu überzeugen.**

Mit anderen Worten: **Demokratie ist Sache der Mehrheit, zwar haben Minderheiten Verfassungsrechte, die ihnen keiner nehmen kann und soll, alle Versuche dazu sind kriminell, aber auch als Minderheit, die politisch etwas erreichen will, sind Mehrheiten zu beschaffen, müssen Minderheiten sich bewähren, zeigen, dass sie Bescheid wissen, dass sie Brücken bauen.**

3.4 Ich beobachte in Deutschland eine **gewisse Retraditionalisierung, ein verstärktes Orientieren am Familienmodell**: Das wirkt sich für einen politischen Aufbruch nicht gerade günstig aus, vor allem für Frauen, die dann **doch an die Familien- und Hinzuverdienerinnen-Rolle** gebunden bleiben. **Politik ist ein Vollzeit-Job** (trotz Work-Life-Anspruch), das Umfeld muss mitziehen, sonst funktioniert das biografisch nicht.

Nicht jeder Fortschritt wird über die Medien erreicht und über das lautstarke Einfordern von Rechten. Die **politische Arbeit vor Ort** wird sich für Jugendliche und auch für Angehörige von Minderheiten auszahlen. Warum? **Der demografische Wandel sorgt für permanentes Ausscheiden der Baby-Boomer. Da brauchen Sie den „alten weißhaarigen Männern“** (den Gebrauch dieser Redeweise ohne **Anführungsstriche halte ich für rassistisch-diskriminierend**) **nicht den Kampf anzusagen: den Kampf hat ihnen schon die Zeit angesagt.**